

Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik

Ausgabe Nr. 1 – 2011

Juni 2011

[Aktueller Fokus](#) | [Regionalprojekt](#) | [Projekt Landesbüro](#) | [Veranstaltungen](#) | [Publikationen](#) | [Personalia](#)

■ Aktueller Fokus

■ Atompolitik in Lateinamerika nach Fukushima – alles wie gehabt?



Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat auch in Lateinamerika die Debatte über die Zukunft der Atomkraft beeinflusst. Angesichts der weltweit 442 Reaktoren ist die Bedeutung der Atomenergie für Lateinamerika allerdings bislang bescheiden. Insgesamt sind dort gerade einmal sechs Reaktoren ans Netz angeschlossen, es bestehen jedoch Pläne zum Ausbau der Kernkraft. Wohin steuert Lateinamerika nach den dramatischen Ereignissen in Japan? [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Regionalprojekt

■ Die Zukunft der Demokratie in Lateinamerika



Lateinamerika hat in den vergangenen 30 Jahren einen Demokratisierungsprozess durchlebt, der – trotz aller Defizite – Achtung verdient. Da die Demokratie aber keinen Zuwachs an Entwicklung und Gerechtigkeit brachte, wuchs vor allem in Ländern wie Venezuela, Ecuador und Bolivien die Akzeptanz exekutiver Machtfülle und direktdemokratischer Entscheidungsprozesse. Die neuen Verfassungen in den drei Ländern erweitern den Handlungsspielraum der Regierungen erheblich. Doch erhöhen sie auch die gesellschaftliche Partizipation und die Qualität der Demokratie? Die FES analysiert im Rahmen der regionalen Arbeitslinie „Zukunft der Demokratie“ diese Entwicklung. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Projekt Landesbüro

■ Aufschwung für alle: Arbeitsmarktreformen in Uruguay



Seit 2005 regiert das Mitte-Links-Bündnis Frente Amplio in Uruguay und setzt weitreichende Arbeitsmarktreformen um, die breiten Bevölkerungsschichten eine Teilhabe am Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre ermöglichen. Eine Arbeitsgruppe der FES, in der die politischen und gesellschaftlichen Schlüsselakteure im Bereich der Arbeitsbeziehungen zusammenkommen, begleitet den Reformprozess. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Veranstaltungen

■ Fernando Lugo, Staatspräsident der Republik Paraguay, zu Gast in der FES



Lange Zeit galt Paraguay als das vergessene Land Südamerikas. Mit der Wahl des ehemaligen Bischofs Fernando Lugo zum Staatspräsidenten im April 2008 hat sich dies geändert. Lugo versucht seitdem, dringend benötigte Reformen auf den Weg zu bringen. Was hat er bislang bewegt? Und wo liegen seine größten Versäumnisse? Im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland zog er am 20. Mai 2011 in der FES Berlin eine Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Ist soziale Gerechtigkeit noch ein Leitmotiv moderner linker Politik?



Ist soziale Gerechtigkeit noch ein Leitmotiv moderner linker Politik? Und wie wirkungsmächtig ist eine auf mehr soziale Gerechtigkeit verpflichtete Politik in Lateinamerika, dem Kontinent mit dem größten Ausmaß sozialer Ungleichheit? Diese Fragen standen im Zentrum einer von der FES im Mai in Mexiko-Stadt ausgerichteten internationalen Konferenz. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Soziales Wachstum aus gewerkschaftlicher Sicht – Expertenworkshop in der FES



Wie können alle am Wachstum teilhaben? Im Rahmen eines FES-Expertenworkshops im April 2011 in Berlin diskutierten Vertreter aus Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Institutionen darüber, wie ein Wachstumsmodell aussehen könnte, das die Sicherheit und Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und fairer Entlohnung weltweit vorantreibt. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Die undurchschaubaren Wege der Integration in Südamerika



Die „Wege der Integration in Südamerika“, so der Titel eines internationalen Seminars am 3. Mai 2011 in Buenos Aires, sind für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar. Es existieren zahlreiche Integrations- und Kooperationsansätze, von denen jedoch viele wenig strategische Relevanz haben oder nur auf dem Papier existieren. Die Bedeutung der verschiedenen Integrationsansätze zu gewichten, war Ziel des Seminars. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Die Strategischen Partnerschaften der EU mit Mexiko und Brasilien – Weg zum effektiven Multilateralismus?



2003 hat sich die EU dem Prinzip der Strategischen Partnerschaften verschrieben. Das Ziel ist die Intensivierung der Zusammenarbeit mit aufstrebenden Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko. Welche Ergebnisse haben sie bisher erzielt und was sind die Herausforderungen für die Zukunft? Auf Einladung der FES diskutierten Luis Huacuja, Berater im mexikanischen Abgeordnetenhaus, und Gabriel Kohlmann, Berater für Unternehmen und Politik aus Brasilien, diese Fragen im Rahmen eines Hintergrundgesprächs im April 2011 in Berlin. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Die Macht der Medien oder die Medien der Macht? Pressefreiheit in Lateinamerika

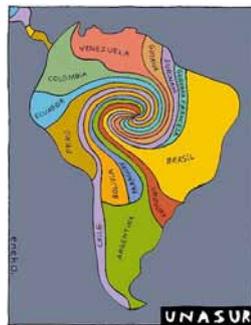


Lateinamerika diskutiert derzeit über Reformen der Mediengesetzgebung, und im Zuge dessen verhärten sich die Fronten zwischen linken Regierungen und Medienunternehmen zunehmend. Im Zentrum steht die Frage der Presse- und Informationsfreiheit als elementare Voraussetzung für Demokratie. Dieser Frage ging die FES in Berlin im

Rahmen einer Fachkonferenz und Podiumsdiskussion am 5. April nun nach. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Der südamerikanische Verteidigungsrat – Motor für die sicherheitspolitische Kooperation?



2008 haben die zwölf Mitgliedsstaaten der Union Südamerikanischer Staaten (Unasur) als erste einer Reihe thematischer Unterorganisationen einen Verteidigungsrat (Consejo de Defensa Suramericano, CDS) gegründet. Das Ziel dieser „Gesprächsplattform“ ist die Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Über die Herausforderungen des CDS sprachen Contralmirante Guillermo Llop Meseguer, Exekutivdirektor der „pro tempore“-Präsidenschaft des CDS aus Peru, und der Gesandte Vitaliano Gallardo, Direktor der Abteilung für Sicherheit und Verteidigung im Außenministerium Perus, im Rahmen eines Hintergrundgesprächs in der FES. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Wo steht Venezuela heute? Die Suche der Opposition nach Antworten auf Hugo Chávez



1999 war Hugo Chávez in Venezuela als Präsident angetreten, um das politische System partizipativer zu gestalten. Schnell zeigte sich aber, dass seine Politik immer autoritärere Züge annahm. Zu den Parlamentswahlen 2010 hat sich nun ein breites politisches Bündnis mit dem Ziel zusammengeschlossen, Chávez bei den Wahlen 2012 abzulösen. Über diese politische Entwicklung hat die FES mit dem Politikwissenschaftler Demetrio Boersner in Berlin debattiert. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

[↑ Zurück Index](#)

■ Aktueller Fokus

■ Atompolitik in Lateinamerika nach Fukushima – alles wie gehabt?



Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat auch in Lateinamerika die Debatte über die Zukunft der Atomkraft beeinflusst. Die Region leidet unter chronischen Energieengpässen, hervorgerufen durch das hohe Wirtschaftswachstum sowie den ineffizienten Gebrauch der vorhandenen Energie. Energiesouveränität gilt entsprechend als zentrales politisches Ziel. Angesichts der 442 Reaktoren, die weltweit in Betrieb sind, ist die Bedeutung der Atomenergie für Lateinamerika allerdings bislang bescheiden. Insgesamt sind dort gerade einmal sechs Reaktoren ans Netz angeschlossen, je zwei in Argentinien, Brasilien und Mexiko. Allerdings bestehen Pläne zum Ausbau der Kernkraft. Und auch in anderen Ländern der Region hatten in den vergangenen Jahren Regierungen einen Einstieg in die Kernenergie erwogen. Dies gilt beispielsweise für Venezuela und Chile. Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat nun angekündigt, auf den Bau von Nuklearreaktoren zu verzichten. Andere Regierungen aber scheinen dieser energiepolitischen Wende nicht folgen zu wollen.

Auch die Bevölkerung schenkt dem Thema nur geringe Aufmerksamkeit. Größere Proteste gab es nach dem Zwischenfall in Fukushima lediglich in Chile. Ebenso wie Japan gilt Chile als stark erdbeben- und tsunamigefährdet. Ungeachtet dieser großen Verwundbarkeit durch Naturkatastrophen hatte die konservative Regierung den Bau von Atomkraftwerken angekündigt. Die jüngsten Proteste fanden nun im Rahmen des Besuches von US-Präsident Obama statt. Auf dem Programm stand auch die Unterzeichnung eines Vertrags über ein gemeinsames Atomprogramm. Entsprechend waren die Proteste nicht nur energiepolitisch, sondern auch antiimperialistisch motiviert. Bislang verfügt Chile über zwei kleine Reaktoren; diese dienen jedoch nicht der Stromerzeugung, sondern medizinischen und Forschungszwecken. Das Abkommen mit den USA regelt die Aus- und Fortbildung von chilenischen Ingenieuren und Facharbeitern; aber auch eine Kooperation für den Fall eines Reaktorbaus zur Stromerzeugung wurde in das Abkommen aufgenommen. Mit Frankreich wurde zudem jüngst ein Abkommen zur Erneuerung abgeschlossen.

In Argentinien, Brasilien und Mexiko fielen die Reaktionen verhaltener aus. Bislang sind in Brasilien zwei Reaktoren am Netz; ein weiterer befindet sich im Bau, vier sind in Planung. Etwa drei Prozent des brasilianischen Strombedarfs werden durch Atomstrom aus den Kernkraftwerken Angra gedeckt; dies entspricht 1.900 Megawatt. Über 70 Prozent des Stromangebots stammen dagegen aus Wasserkraft. Die brasilianische Regierung erklärte, die bestehenden Kraftwerke des Landes lägen nicht in erdbebengefährdeten Gebieten. Allerdings kommt es in der Region häufig zu Erdbeben; überdies steht lediglich eine Straße zur Evakuierung zur Verfügung. Und das, obwohl im Umkreis von 20 Kilometern 170.000 Menschen leben! Auch die Lagerung der ausgedienten Brennstäbe ist laut Greenpeace nicht ausreichend gesichert.

Der Präsident des brasilianischen Senats, der ehemalige Staatspräsident José Sarney, plädierte nach der Katastrophe von Fukushima für ein Innehalten in der Atompolitik. Auch das brasilianische Abgeordnetenhaus stimmte für eine öffentliche Anhörung zur Nutzung der Kernenergie. Verschiedene Abgeordnete forderten zudem eine Untersuchung der Sicherheit der bestehenden Anlagen. Brasiliens Energieminister Edison Lobão aber widersprach diesen Bedenken – Brasiliens Atompolitik würde durch die Ereignisse in Japan keine Änderung erfahren.

Die Technik für den geplanten Reaktor Angra III wurde bereits Mitte der 1980er Jahre eingekauft und eingelagert – ein Abkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und dem brasilianischen Militärregime bildete die Grundlage. Wie schon beim Bau von Angra II ist Siemens an diesem Projekt beteiligt. Die aktuelle Bundesregierung hatte für den Bau des dritten Reaktors in Brasilien eine Hermes-Exportbürgschaft in Aussicht gestellt, überprüft diesen Vorgang nun allerdings. Umweltschutzgruppen fordern, die staatliche Förderung des Exports deutscher Nukleartechnologie zu unterbinden.

In Mexiko liefert eine Anlage mit zwei Reaktoren Atomstrom ins öffentliche Netz; vier Prozent des mexikanischen Energiebedarfs werden darüber gedeckt. Die Anlage ist sowohl durch Erdbeben und Überschwemmungen als auch durch Hurrikans gefährdet. Der Bau von bis zu zehn neuen Reaktoren in den kommenden 17 Jahren wurde zuletzt diskutiert. Nach dem Zwischenfall in Fukushima sendete die mexikanische Regierung widersprüchliche Signale zur Zukunft der Kernkraft aus. Außenministerin Espinoza erklärte bei einem Besuch in Brüssel, es bestünden derzeit keine konkreten Ausbaupläne. Stattdessen wolle Mexiko in Zukunft auf erneuerbare Energien setzen. Aus dem Energieministerium ver-

lautete es dagegen, die Atomenergie sei weiterhin bedeutsam für die zukünftige Energieversorgung des Landes.

In Argentinien sind bislang zwei Atomkraftwerke ans Netz angeschlossen. Ein Reaktor wurde ebenfalls unter Beteiligung von Siemens erbaut. Ein drittes Kraftwerk soll im September ans Netz gehen; eine weitere Anlage befindet sich in Planung. Derzeit stammen etwa 935 Megawatt und damit sechs Prozent des argentinischen Stroms aus nuklearer Erzeugung. Die argentinische Regierung hat die unbeirrte Fortsetzung ihres Nuklearprogramms verkündet. Dieses gilt den Argentinern als wissenschaftlich-technologisches Vorzeigeprojekt auf globaler Ebene; so werden kleinere Reaktoren ins Ausland exportiert.

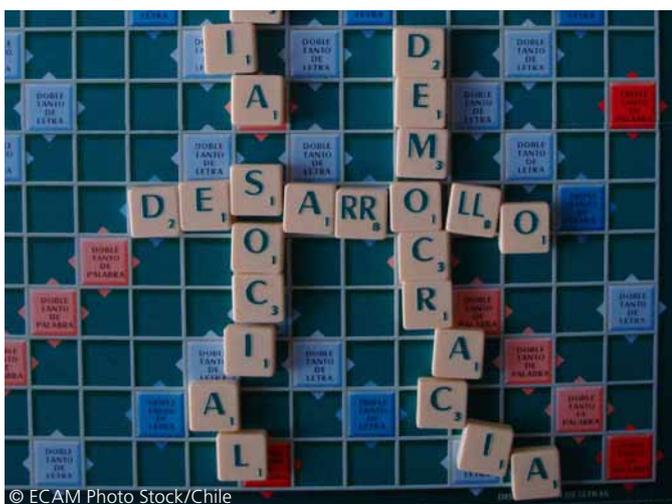
In Argentinien und Brasilien sind die Ursprünge der nuklearen Energieerzeugung eng an die Militärdiktaturen der 1960er bis 1980er Jahre gebunden. Geopolitische und militärische Erwägungen waren damals bedeutsamer als energiepolitische Fragen, entsprechend kam es zu einer erheblichen Subventionierung der Nukleartechnologie. Die argentinische Militärjunta verfolgte damals ein ehrgeiziges Programm zur Anreicherung von Uran. In jüngster Zeit wurden diese Pläne wieder reaktiviert – bedingt wohl auch durch die Konkurrenz mit dem Nachbarn Brasilien. Brasilien hat 2006 eine Urananreicherungsanlage in Betrieb genommen; das Land beherrscht seither den vollständigen Brennstoffkreislauf. Fukushima zum Trotz – Lateinamerika setzt weiter auf Atomkraft.

Claudia Detsch, FES Ecuador

[↑ Zurück Index](#)

■ Regionalprojekt

■ Die Zukunft der Demokratie in Lateinamerika



Lateinamerika hat in den vergangenen 30 Jahren einen Demokratisierungsprozess durchlebt, der – trotz aller Defizite – Achtung verdient: Nachdem über Jahrzehnte fast flächendeckend Militärs an der Macht waren, gelang ab Anfang der 1980er Jahre die Rückkehr zur Demokratie. Doch der demokratische Frühling fiel mit Strukturanpassungsprogrammen zusammen (Privatisierungen, Deregulierung und Marktöffnung), die zu schweren sozialen Verwerfungen führten. Die Menschen hatten zwar politische Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten gewonnen, die Erwartungen an bessere Lebensbedingungen und mehr wirtschaftlicher Teilhabe wurden jedoch enttäuscht.

Diese Gegenläufigkeit von Demokratisierung und sozialer Polarisierung mehrte die Kritik an den tradierten Parteien und an der repräsentativen Demokratie, die die sich ausdifferenzierenden

gesellschaftlichen Interessen weder abbildeten noch repräsentierten. Insbesondere in Venezuela, Bolivien und Ecuador setzten in der Folge starke Mobilisierungsprozesse ein, die in die Gründung breiter Bewegungsbündnisse unter charismatischer Führung mündeten. Ihr Diskurs rekurrierte auf gesellschaftliche Neugründung, Umverteilung und mehr Teilhabe durch plebiszitäre Demokratieelemente. Nach der Regierungsübernahme dieser Bewegungen kam es in den drei Ländern zu Verfassungsreformen, die die Exekutive gegenüber Judikative und Legislative stärkten und die Gewaltenteilung in einigen Fällen aufweichten. Gleichzeitig wurden Beteiligungsrechte über Bürgerräte und Referenden gestärkt sowie Armut über Sozialtransferprogramme abgebaut. Der Fokus auf Entwicklung und der Hinweis auf eine potenzielle Bedrohung dieser Errungenschaften durch die tradierten Eliten schuf in der Bevölkerung augenscheinlich eine Akzeptanz der starken – ja selbst der autoritären – politischen Hand. Diese Entwicklungen erfordern einen neuen Blick auf die Qualität und Zukunft der Demokratie in der Andenregion. Welche Defizite des politischen Systems behinderten in der Vergangenheit eine effektive Repräsentation? Wie kann die *Output*-Legitimität der jungen Demokratien erhöht werden? Und sind Mechanismen direkter Demokratie hierbei hilfreich?

Diese zentralen Fragestellungen analysiert und diskutiert die FES im Rahmen der regionalen Arbeitslinie „Zukunft der Demokratie“. Ziel ist es, Qualitätskriterien von Demokratie zu entwickeln, mit Partnern zu diskutieren und somit mit differenzierten Studien eine extrem polarisierte Debatte zu versachlichen. Doch auch intern soll diese Arbeitslinie Inputs zur Überprüfung und Weiterentwicklung der FES-Projektstrategie in der Andenregion liefern.

Erste Erkenntnisse dieser Arbeitslinie zeigen, dass die Demokratieentwicklung in der Region durchaus differenziert betrachtet werden muss. Als Gemeinsamkeit kann man konstatieren, dass in Folge der Handlungsunfähigkeit des schwachen Staats der 1990er Jahre die Akzeptanz von Re-Zentralisierung und Nationalismus sowie einer machtvollen politischen Führung groß ist. Ein laxer Umgang mit Prinzipien der Gewaltenteilung, Verfassungskonformität und Rechtsstaatlichkeit wird so lange nachgesehen, wie die Bilanz staatlicher Leistungen stimmt. Dabei werden die Konzepte von Demokratie und Entwicklung zunehmend gegeneinander ausgespielt. Gleichzeitig überrascht, dass gerade in diesen drei Ländern, die Momente der Unregierbarkeit durchlebten, in den letzten Jahren der Zuspruch zur Demokratie gewachsen ist. Die

Bypass-Politik der sozialen Bewegungen, über die Mobilisierung auf der Straße das Parlament umgehen und die Regierung unter Druck setzen zu können, wird vielfach als Zuwachs an Partizipation gewertet. Gleichzeitig nutzen die Regierungen Volksbefragungen und Referenden zu meist komplexen juristischen Problemstellungen als Stimmungsbarometer und zur Vertiefung eines polarisierenden Freund-Feind-Denkens. Diese augenscheinliche Nützlichkeit plebiszitärer Elemente verkennt jedoch, wie schnell Bürger und Bewegungen zum Spielball politischer Interessensgruppen und Regierungen werden können.

Kathrein Hölscher, FES Bolivien

[↑ Zurück Index](#)

■ Projekt Landesbüro

■ Aufschwung für alle: Arbeitsmarktreformen in Uruguay



© iStockphoto / Jörg Reimann

Fast 180 Jahre nach der Staatsgründung wurde mit der Frente Amplio 2005 erstmals ein Mitte-Links-Bündnis in Uruguay in die Regierung gewählt. Die Erwartungen an die neue Regierung waren hoch: Sie sollte das Land aus der schweren Wirtschaftskrise führen, in die Uruguay 2002 im Zuge der Argentinienkrise gestürzt war. Weite Teile der Bevölkerung waren Anfang des Jahrzehnts von Arbeitslosigkeit, Hyperinflation, der Ausweitung informeller Beschäftigungsverhältnisse, empfindlichen Reallohninbußen oder gar Armut betroffen.

Heute, nur wenige Jahre später, strotzt das Land vor Selbstbewusstsein und Zukunftsoptimismus. Seit 2005 ist das BIP Uruguays im Schnitt um über sechs Prozent jährlich gewachsen (2010: 8,5 Prozent). Am Arbeitsmarkt herrscht mit einer Arbeitslosenquote von etwa sechs Prozent in einigen Branchen bereits Vollbeschäftigung. Die Mittelschicht, einst die größte Verliererin der Krise, trägt mit ihrem Binnenkonsum den Aufschwung: Die Kaufkraft der abhängig Beschäftigten ist real in weniger als fünf Jah-

ren (Mitte 2006 bis Anfang 2011) um 43 Prozent gestiegen. Der Anteil der Armen und extrem Armen an der Gesamtbevölkerung konnte seit 2005 mehr als halbiert werden, so dass Uruguay heute zu den Ländern mit dem geringsten Armutsrisiko in Lateinamerika zählt.

Wie erklärt sich der rasante wirtschaftliche und gesellschaftliche Wiederaufstieg Uruguays nach der Krise 2002? Unbestreitbar haben hierzu externe Faktoren wie die hohen Weltmarktpreise für Agrargüter, die Hauptexportprodukte Uruguays, beigetragen. Das traditionell stabile politische System des Landes und die stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik haben zahlreiche ausländische Direktinvestoren in das Land gelockt. Einen wichtigen Anteil am Erfolg hat jedoch auch eine Reihe von Strukturreformen, die die Frente Amplio in ihrer ersten Amtszeit umsetzte. Hierzu zählen die Steuer- und Gesundheitsreform ebenso wie die Einführung von Transferprogrammen zur Armutsbekämpfung.

Die weitestreichenden Auswirkungen hatten jedoch die Arbeitsmarktreformen: Sie wurden von der Regierung als strategisches Instrument genutzt, um die Lebenssituation breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern und sie am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. Im Zuge der Arbeitsmarktreformen erließ die Regierung nicht nur mehr als 35 Gesetze, die von der Regulierung des Outsourcings bis zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stärken. Mit der Wiederbelebung der sogenannten Lohnräte und der Verabschiedung des Kollektivvertragsgesetzes wurde – unter expliziter Intervention des Staates – auch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gestärkt, so dass sich der wirtschaftliche Boom in hohen Tarifabschlüssen niedergeschlagen hat.



Ein solch umfassendes Reformwerk bedarf intensiver Debatten und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Eine wichtige Dialogplattform kann dabei die FES in Uruguay bieten. Seit Übernahme der Regierung durch die Frente Amplio 2005 trifft sich monatlich eine Arbeitsgruppe in der FES, der der Arbeitsminister mit seinem Führungsstab, Abgeordnete der Frente Amplio, Gewerkschafter und Wissenschaftler angehören.

Die Entwicklung der Themen und Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe über die vergangenen sechs Jahre verdeutlicht, wie sich der thematische Fokus der Arbeitsmarktreformen und die Arbeitsbeziehungen selbst gewandelt haben. Zu Beginn der ersten Amtszeit der Frente Amplio (2005 bis 2010) stand die Ausarbeitung des eigentlichen Reformwerks im Vordergrund. Die Vertreter der Gewerkschaften nutzten den Dialograum, um ihre Forderungen an die Regierung vorzubringen und Reformvorschläge – mit Hilfe der Expertise aus der Wissenschaft – zu erarbeiten. Entscheidend für den Erfolg der Gruppe war dabei, dass sie in der FES ohne Beobachtung durch die Medien arbeiten konnte. Auf diese Weise konnten kritische Punkte der Reformen bei der Ausarbeitung und der Umsetzung ausgeräumt werden, die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurden. Was in dieser Phase jedoch trotz Einladung seitens der Regierung und der FES nicht gelang, war die Einbeziehung der Unternehmerschaft in die Arbeitsgruppe.

Die Reform der Arbeitsgesetzgebung ist heute weitgehend abgeschlossen. Der Themenbereich Arbeitsbeziehungen, insbesondere die Rolle des Staates, wird die politischen und wirtschaftlichen Akteure in Uruguay aber auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen nun jedoch die langfristigen Entwicklungsperspektiven des Landes: Neben der Landwirtschaft hat auch der Bereich der Dienstleistungen und des produzierenden Gewerbes einen starken Aufschwung in den Jahren des Booms erfahren. Mit den Strukturveränderungen gehen Herausforderungen einher, die die Regierung gemeinsam mit den Sozialpartnern bewältigen muss. Hierzu gehören z. B. Verbesserungen im Bildungswesen oder Investitionen in die Infrastruktur, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu fördern. Die Arbeitsgruppe in der FES, an der nun auch führende Unternehmer teilnehmen möchten, widmet sich heute diesen strategischen Fragestellungen. Sie kann dabei auch auf Erfahrungen einer regionalen Arbeitslinie der FES zurückgreifen, im Rahmen derer Entwicklungsszenarien für zahlreiche Länder der Region in vergleichender Perspektive debattiert werden.

Katharina Meier, FES Uruguay

[↑ Zurück Index](#)

■ Veranstaltungen

■ Fernando Lugo, Staatspräsident der Republik Paraguay, zu Gast in der FES



Lange Zeit galt Paraguay als das vergessene Land Südamerikas. Als Folge einer dramatischen historischen Entwicklung war das Land ökonomisch und politisch ins Abseits geraten. Mit der Wahl des ehemaligen Bischofs Fernando Lugo zum Staatspräsidenten im April 2008 wurde Paraguay wieder stärker auf der internationalen Bühne wahrgenommen. Die Wahl des politischen Outsiders beendete die über 60-jährige Herrschaft der Colorado-Partei – darunter die 38-jährige Diktatur des Generals Alfredo Stroessner – und öffnete die Möglichkeit für demokratischen Wandel und sozialen Fortschritt. Seitdem versucht Lugo gegen den erbitterten Widerstand der traditionellen Bastionen der Macht – Militärfüh-

rung, Oberster Gerichtshof, Agrobusiness – dringend benötigte Reformen auf den Weg zu bringen.

Auf der gut besuchten FES-Vortragsveranstaltung im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland zog Lugo eine Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit. Paraguay hatte im Jahre 2010 mit nahezu 15 Prozent das drittgrößte Wirtschaftswachstum weltweit. Der Präsident hob die Fortschritte im Bereich der Gesundheitspolitik und im Kampf gegen die Korruption hervor und nannte als wichtigsten Erfolg die Revision des Abkommens mit Brasilien über das gigantische Stauwerk Itaipú. Dadurch konnte nicht nur ein langjähriger bilateraler Konflikt ausgeräumt, sondern auch die Position Paraguays in der Nutzung dieser Ressourcen gestärkt werden. Die Agrarreform, das wichtigste Reformvorhaben der Regierung, käme dagegen nur langsam voran, nicht zuletzt, weil die Regierung, die im Kongress keine eigene parlamentarische Mehrheit besitzt, immer auf die Zustimmung der Opposition angewiesen sei.

Des Weiteren würdigte der Präsident die Arbeit der FES in seinem Land, die als einzige politische Stiftung den Reformprozess unterstützt und dabei den Schwerpunkt auf die Schaffung eines modernen Parteienwesens sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen gelegt hat.

[↑ Zurück Index](#)

■ Ist soziale Gerechtigkeit noch ein Leitmotiv moderner linker Politik?



Ist soziale Gerechtigkeit noch ein Leitmotiv moderner linker Politik? Und wie wirkungsmächtig ist eine auf mehr soziale Gerechtigkeit verpflichtete Politik in Lateinamerika, dem Kontinent mit dem größten Ausmaß sozialer Ungleichheit? Hat dort die „Stunde

der sozialen Gleichheit“ geschlagen, wie die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika meint? Diese Fragen standen im Zentrum einer von der FES am 16. und 17. Mai 2011 in Mexiko-Stadt ausgerichteten internationalen Konferenz.

Gleich zu Anfang unterstrich Cuauthémoc Cárdenas, prominenter Vertreter und moralische Autorität der mexikanischen Linken, dass soziale Gerechtigkeit eine unerfüllte Verheißung für die Menschen in Lateinamerika bleibe. Seine Parteigefährtin Amalia García und der chilenische Sozialist Gonzalo Martner sprachen von sozialer Gerechtigkeit als einem „Prinzip der Hoffnung“. Martner betonte auch, dass der Bezug auf soziale Gerechtigkeit weiterhin ein wichtiges Unterscheidungskriterium zwischen links und rechts bleibe.

Wie dramatisch die Herausforderung soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika weiterhin ist, wurde in fast allen Konferenzbeiträgen

deutlich. Cristina Bayón, Sozialwissenschaftlerin aus Mexiko, verwies auf die problematische Tendenz, dass die gesellschaftliche Toleranz gegenüber sozialer Ungleichheit zugenommen habe und dass diese heute nicht mehr als vorübergehender, sondern als „institutioneller“ Bestandteil unserer Gesellschaften gelte. Fabian Repetto aus Argentinien lenkte die Aufmerksamkeit auf den brisanten Tatbestand, dass einem Großteil der jungen Generation die Möglichkeit versperrt sei, eine positive Lebensperspektive zu entwickeln.

Auf die großen Herausforderungen gibt es aber auch politische Antworten. Prominent diskutiert wurden die in Lateinamerika seit

längerem praktizierten konditionierten Sozialprogramme, deren armutslindernde Wirkung gewürdigt wurde, in denen gleichwohl aber keine sozialpolitische „Zauberformel“ gesehen wird. Mehr Potenzial, soziale Gerechtigkeit herzustellen, wurden einer progressiven Steuerpolitik und einer expansiven Lohnpolitik zugeschrieben, wobei letztere Hand in Hand mit einer Stärkung der Mindestlöhne gehen müsse. Dass hier deutliche Parallelen zu Europa und Deutschland liegen, hob der SPD-Sozialpolitiker Ottmar Schreiner hervor. Soziale Gerechtigkeit bleibt ein Leitmotiv progressiver Politik – in Lateinamerika ebenso wie in Europa.

[↑ Zurück Index](#)

■ Soziales Wachstum aus gewerkschaftlicher Sicht – Expertenworkshop in der FES



Wirtschaftswachstum wurde lange Zeit als Allheilmittel für die Entwicklungsprobleme des Südens propagiert. Doch das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte ging in den meisten Ländern kaum mit einem entsprechenden Wachstum an Arbeitsplätzen und Anstieg von Löhnen einher. Stattdessen konzentrierten sich die Gewinne in den Händen Weniger, während die sozialen Ungleichheiten immer größer wurden. Angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise schien der Moment für einen Paradigmenwechsel hin zu neuen, sozialeren Wachstumskonzeptionen gekommen zu sein. Doch bis heute bleiben Regierungen, Unternehmen und internationale Organisationen

dem neoliberalen Wirtschaftsmodell verhaftet. Grundlegende strukturelle Veränderungen in Richtung einer globalen Kurskorrektur sind nicht in Sicht.

Im Rahmen eines FES-Expertenworkshops in Berlin diskutierten Vertreter aus Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Institutionen darüber, wie ein Wachstumsmodell aussehen könnte, das die Sicherheit und Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und fairer Entlohnung weltweit vorantreibt. Zum Auftakt der Veranstaltung wurde der Bericht der Trade Union Task Force on a New Growth Model „Exiting from the crisis: towards a model of more sustainable and equitable growth“ vorgestellt. (Siehe auch: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/2011-2/04_a_evans.pdf)

An der Veranstaltung nahm auch der renommierte brasilianische Gewerkschaftsberater Adhemar Mineiro teil. Als Mitautor des Trade Union Task Force Reports beschreibt er, wie in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas Wachstumsgewinne für Sozialprogramme und die Schaffung von Arbeitsplätzen im formellen Sektor eingesetzt werden. Im Rahmen seines Berlinbesuchs traf sich Mineiro außerdem mit Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Vorsitzenden der Enquetekommission des Deutschen Bundestags „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Daniela Kolbe.

[↑ Zurück Index](#)

■ Die undurchschaubaren Wege der Integration in Südamerika



Die „Wege der Integration in Südamerika“, so der Titel eines FES-Seminars am 3. Mai 2011 in Buenos Aires, sind für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar. So existieren zahlreiche Integrations- und Kooperationsansätze, von denen jedoch viele wenig strategische Relevanz haben oder nur auf dem Papier existieren. Die Spreu vom Weizen zu trennen und die Bedeutung der verschiedenen Integrationsansätze zu gewichten, war eines der Ziele des Seminars. Zentrale Inputgeber waren der ehemalige Mercosur-Repräsentant und vormalige argentinische Vizepräsident Carlos Chacho Álvarez sowie der neue Hohe Vertreter des Mercosur, der ehemalige brasilianische Minister für strategische Fragen, Samuel Pinheiro Guimarães, der seinen ersten öffentlichen Auftritt in Argentinien absolvierte.

[↑ Zurück Index](#)

■ Die Strategischen Partnerschaften der EU mit Mexiko und Brasilien – Weg zum effektiven Multilateralismus?



2003 hat sich die EU dem Prinzip des „effektiven Multilateralismus“ verschrieben. Sie ist dazu übergegangen, mit aufstrebenden Ländern Strategische Partnerschaften einzugehen. Das Ziel ist die

Rasch verständigten sich die Teilnehmer, darunter verschiedene südamerikanische Botschafter und Spitzenvertreter des Außenministeriums, darauf, dass vor allem zwei Kooperations- und Integrationsprojekte Zukunft und Perspektive haben. Zum einen der seit 20 Jahren bestehende Mercosur, der weiterhin, trotz Krisen und Defiziten, als das wichtigste „klassische“ Integrationsprojekt Südamerikas gilt. Und zum anderen Unasur, ein Zusammenschluss aller südamerikanischen Länder, der eine stärker politische Agenda hat. Diese beiden Projekte unterscheiden sich in ihrer Anlage deutlich von anderen Kooperationen mit einer eher ideologischen Ausrichtung, so wie das vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez geförderte „antiimperialistische“ Alba-Projekt oder der vor kurzem von eher konservativ ausgerichteten Regierungen aus der Taufe gehobene Pazifik-Pakt.

In der Diskussion problematisierte vor allem der neue Hohe Vertreter des Mercosur die starke Präsenz Chinas in der Region und die Gefahr, dass Südamerika wiederum in die Rolle eines klassischen Rohstofflieferanten für den dortigen Markt (im Austausch gegen Industrieprodukte) fallen könnte. Die Diskussion zeigte auch, dass die Europäische Union infolge der schweren Krise einiger Mitgliedsländer, darunter auch das für Lateinamerika besonders wichtige Spanien, sowie des Aufstiegs anderer Global Player viel an Attraktivität in der Region verloren hat.

Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Mit Brasilien und Mexiko wurden 2007 und 2009 Strategische Partnerschaften geknüpft. Auf der gemeinsamen Agenda der jährlichen Gipfeltreffen stehen Aspekte wie Klimawandel, Welthandel und Internationaler Terrorismus. Welche Ergebnisse haben sie bisher erzielt und was sind Herausforderungen für die Zukunft?

Derzeit scheint der Weg zum effektiven Multilateralismus noch lang zu sein. „Die Partnerschaften sind bislang strategielos. Sie sind kaum mehr als eine Worthülse“, kritisierte Huacuja. So stehen die EU und Mexiko nach zwei Jahren noch immer vor der Herausforderung, Themen für die Zusammenarbeit zu identifizieren. Doch welche? Außenpolitische Tabus – wie die organisierte Kriminalität in Mexiko, der zunehmende Kleinwaffenhandel, unsichere Grenzen und Geldwäsche – sind Herausforderungen, über die die gemeinsame Lösungssuche dringend in Gang gesetzt werden sollte. Dazu könnten die Strategischen Partnerschaften künftig das geeignete Instrument sein.

Weitgehend politisch bedeutungslos ist die Strategische Partnerschaft auch für Brasilien. Das Land hat in den letzten Jahren außenpolitisch Karriere gemacht und ist heute ein ernstzunehmender Global Player. „Daher ist diese Kooperation mit der EU ein wichtiges Symbol für unsere internationale Anerkennung“, betonte Gabriel Kohlmann. Doch auf diesen symbolischen Akt folgten kaum Taten. Weder bei Sicherheits- noch bei Welthandelsfragen formulierten die beiden Partner eine gemeinsame Strategie. Gibt

es Hoffnung für die Belebung dieses Instrumentes? Den Dialog über Wissenschaftskooperationen und Technologietransfer in den Mittelpunkt zu stellen, könnte zu einer *win-win*-Situation führen und die Beziehungen mit Leben füllen. Bis 2015 will die EU eine *Road Map* für die Strategische Partnerschaft vorlegen. Bis dahin bleibt aus Sicht der Schwellenländer Brasilien und Mexiko noch einiges zu tun.

[↑ Zurück Index](#)

■ Die Macht der Medien oder die Medien der Macht? Pressefreiheit in Lateinamerika



Lateinamerika diskutiert derzeit über Reformen der Mediengesetzgebung, und im Zuge dessen verhärten sich die Fronten zwischen linken Regierungen und Medienunternehmern zunehmend. Im Zentrum steht die Frage der Presse- und Informationsfreiheit als elementare Voraussetzung für Demokratie. Doch während die einen die staatliche Medienregulierung für notwendig halten, um eine pluralistische Partizipation der Bevölkerung zu gewährleisten, sehen die anderen staatliche Vorgaben grundsätzlich als Angriff auf die Pressefreiheit.

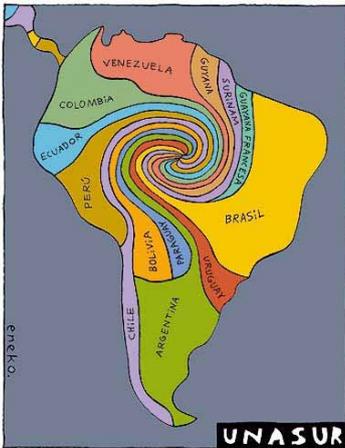
Im Verlauf der FES-Konferenz im April in Berlin wurden die Rahmenbedingungen und Konfliktlinien aufgezeigt: Die Kontrolle über die Berichterstattung dient auch der Machtsicherung, denn

für die progressiven Regierungen Lateinamerikas heißt Regieren heute vor allem Kommunizieren. Die Reformen zielen aber zudem auf ein Zerschlagen der monopolistischen Strukturen der Medienkonzerne ab: Lateinamerika ist die Weltregion mit der höchsten Medienkonzentration. Die Medienmogule mobilisieren vor diesem Hintergrund gegen die Reformbestrebungen, um Beschneidungen bei ihrem äußerst lukrativen Geschäft mit der Information und Kommunikation zu verhindern.

Zwei grundsätzliche Ansätze zur Reform der Medienlandschaft werden derzeit diskutiert. Einige Staaten setzen auf eine Regulierung der Frequenzvergabe und der Marktgestaltung und streben eine Drittelung des Marktes (ein Drittel öffentliche, ein Drittel private und ein Drittel kommunitäre Medien) an. Andere Staaten setzen bewusst auf die Regulierung der Inhalte. Weder die alten, monopolistischen Marktstrukturen noch die Regulierung der journalistischen Inhalte tragen zu einer Vertiefung der Demokratie bei, so die Meinung der Konferenzteilnehmer. Die Diversifizierung des Marktes, die Förderung von Pluralismus und die Offenlegung der Finanzierungsquellen von Medien hingegen – all das würde die Demokratisierung der Kommunikation befördern, die Lateinamerika so dringend benötigt.

[↑ Zurück Index](#)

Der südamerikanische Verteidigungsrat – Motor für die sicherheitspolitische Kooperation?



Der Anstoß für die Gründung des südamerikanischen Verteidigungsrats (Consejo de Defensa Suramericano, CDS) ging von Brasilien aus, und in den vergangenen Jahren hat er sich als Sprecher der Region in kritischen Fragen bewährt. Das Ziel dieser „Gesprächsplattform“ ist nicht nur die Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit hinsichtlich der

Vertrauensbildung und im Rüstungssektor, sondern auch die Entwicklung einer südamerikanischen Friedenszone. 2011 hat Peru die Präsidentschaft *pro tempore* inne und stellt die Verbesserung der Transparenz der Rüstungsausgaben in der Region in den Mittelpunkt der CDS-Arbeit.

Im Zuge eines Hintergrundgesprächs in der FES am 30. März 2011 wiesen die Gäste aus Peru darauf hin, dass nicht die Kontrolle,

sondern Vertrauen das Ziel ist. Transparenz und die freiwillige Freigabe von Informationen sollen gefördert werden. Im Gründungsdokument des CDS wird seine Rolle auch in dieser Weise beschrieben: Er ist eine Instanz der Beratung, Zusammenarbeit und Koordinierung der Verteidigung. Letzteres wurde im Zuge der Diskussion gerade von den Ländern des Cono Sur betont: Es sei eben ein Verteidigungs- und kein Sicherheitsrat und damit nicht für die sogenannten neuen Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und Drogenbekämpfung zuständig. Doch darüber besteht keine Einigkeit. Tatsächlich sind dies wichtige sicherheitspolitische Baustellen in einer atomwaffenfreien Zone, die kaum mehr unter zwischenstaatlicher Gewalt leidet, aber eine der höchsten Gewalttraten der Welt aufweist. Trotz vieler Herausforderungen für die junge Organisation steht fest, dass sie als eine erstmals von den USA unabhängige Institution der Region für den Erhalt von Frieden durch Dialog steht. Die FES begleitet die Entwicklung der Sicherheitspolitiken in der Region mit dem regionalen Sicherheitsprojekt in Lateinamerika, das sich sowohl mit geopolitischen Fragen als auch mit der transnationalen organisierten Kriminalität beschäftigt. Ziel des Projekts ist die Förderung einer progressiven Sicherheitspolitik.

[↑ Zurück Index](#)

Wo steht Venezuela heute? Die Suche der Opposition nach Antworten auf Hugo Chávez



Seit 1999 regiert Hugo Chávez in Venezuela und hat mit dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ die Politik nicht nur in seiner Heimat nachhaltig verändert. In ganz Lateinamerika scheinen sich linke Politiker entscheiden zu müssen, ob sie sich ideologisch eher an Hugo Chávez binden oder die Nähe zum ehemaligen Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, suchen. Längst werden in

Lateinamerika politische Kontroversen anhand dieser Konfliktlinie ausgetragen.

Hugo Chávez war seinerzeit angetreten, um das politische System radikal zu verändern. Das Zwei-Parteien-System sollte gebrochen werden und die Oligarchie ihre Privilegien verlieren. Die Partizipation und Inklusion der bis dahin ausgeschlossenen Gesellschaftsschichten sollten über direkte demokratische Mechanismen und staatliche Transferprogramme realisiert werden. Schnell zeigte sich aber, dass die Politik von Hugo Chávez mehr und mehr autoritäre Züge annahm und dass die demokratische Opposition in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Erst mit den Parlamentswahlen 2010 hat sich ein breites politisches Spektrum mit dem Ziel zusammengeschlossen, Präsident Hugo Chávez bei den Wahlen 2012 abzulösen.

Über diese politische Entwicklung, über die Chancen der Opposition, sich auf einen Kandidaten zu einigen, und über ihre politische Ausrichtung hat die FES mit dem Politikwissenschaftler Demetrio Boersner gesprochen. Die Opposition muss nun glaub-



haft vermitteln, dass sie nicht für eine Rückkehr zu alten politischen Strukturen steht. Hugo Chávez wurde einst gewählt, weil die Bevölkerung mit dem alten Parteiensystem gebrochen hatte. Nun müssen die in der Mesa de Unidad Democrática (MUD) zusammengeschlossenen Oppositionsparteien beweisen, dass sie die letzten Jahre genutzt haben, um sich zu erneuern. Ebenfalls müssen sie den Spagat wagen zwischen einer kohärenten und effektiven Wirtschaftspolitik, ohne liebgewonnene und erfolgreiche Maßnahmen der Regierung Chávez abzuschaffen.

Noch nie in den zwölf Jahren Regierung von Hugo Chávez waren die Chancen für einen Machtwechsel so groß. Nachdem die MUD bereits bei den Parlamentswahlen große Erfolge erzielen konnte, will sie nun gegen Chávez ins Feld ziehen. Doch der Weg dorthin ist noch steinig, denn zunächst muss man sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die geplanten Vorwahlen im Februar 2012 werden zeigen, ob die MUD reif für einen Machtwechsel ist. Venezuela stehen bewegte Zeiten bevor, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen 2012 wird ganz maßgeblich von der weiteren Entwicklung der MUD abhängen.

[↑ Zurück Index](#)

■ Publikationen

■ Publikationen in Spanisch und Portugiesisch

“Vamos a portarnos mal” - Protesta social y libertad de expresión en América Latina
Editores: Eleonora Rabinovich - Ana Lucía Magrini - Omar Rincón, Centro de Competencia en Comunicación para América Latina, Friedrich Ebert Stiftung, Bogotá, Mayo 2011
<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08131&ty=pdf>

Análisis y Propuesta: Los gobiernos progresistas y el sindicalismo en América Latina : los casos de Chile, Argentina y Uruguay. Por Gonzalo Martner F. – Santiago de Chile, Mayo 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/08083.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/08083.pdf)

Análises e propostas: Cenários do desenvolvimento do Brasil 2020 : terra do capitalismo selvagem ; o gigante com pés de barro ; rumo ao país do futuro. Por Alexandre de Freitas Barbosa. - São Paulo, Abril 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/08121.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/08121.pdf)

Entre Tierras; Boletín sobre Políticas Migratorias y Derechos Humanos. Cambio climático, migraciones, desplazamientos forzados y refugio, Quito, Abril 2011

 [herunterladen http://www.fes-ecuador.org/media/pdf/FesIldis_Boletin%20entre%20tierras%20cambio%20climatico.pdf](http://www.fes-ecuador.org/media/pdf/FesIldis_Boletin%20entre%20tierras%20cambio%20climatico.pdf)

Propuesta de salario mínimo para enfrentar la precarización laboral en Nicaragua. Por Alejandro Aráuz, Managua, Febrero 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/fesamcentral/08045.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/fesamcentral/08045.pdf)

Hacia nuevas políticas alimentarias en América Latina y Europa, Policy Paper N°12. Por Fernando Rosero, Karen Albuja Carbonell, Fabián Regalado, Quito, Febrero 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07864.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07864.pdf)

Posiciones legislativas ante un seguro de desempleo en México. Por Rosario Ortiz Magallón México, D.F., Enero 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mexiko/08126.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/mexiko/08126.pdf)

Renovar la política : Chile, Bolivia y Perú / Ed.: Jaime Ensignia. Por María de los Angeles Fernández ; Pablo Stefanoni ; María del Pilar Tello. – Friedrich-Ebert-Stiftung, Santiago, 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/07934.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/07934.pdf)

MERCOSUR : 20 años / Gerardo Caetano (coord.), Montevideo : CEFIR, 2011, Montevideo/Bonn, FES, 2011

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07904.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07904.pdf)

Igualdade de remuneração entre homens e mulheres – experiências e desafios. Dirigentes Responsáveis. Por Rosane da Silva – Secretária Nacional da Mulher, Trabalhadora da CUT, Yesko Quiroga Stöllger – Representante da Fundação Friedrich Ebert no Brasil, São Paulo Dezembro 2010

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/07822.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/07822.pdf)

Disputas democráticas : las mujeres en los espacios de representación política. Por Lilián Celiberti, Friedrich-Ebert-Stiftung, Montevideo, Noviembre 2010

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07682.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07682.pdf)

Hacia una agenda Sudamericana del agua, Policy Paper N° 11. Por Annkathrin Linck - Nathalie Weemaels, Quito, Noviembre 2010

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07715.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07715.pdf)

Cómo garantizar la diversidad y el pluralismo en los medios : aportes para la revisión reforma de la ley de radiodifusión en Uruguay. Por Gustavo Gómez Germano, Friedrich-Ebert-Stiftung, Montevideo, Mayo 2010

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07292.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/07292.pdf)

Nueva Sociedad: Literatura y dinero. Ensayo, ficción, poesía, Número 230, Noviembre/Diciembre 2010

 [herunterladen http://www.nuso.org/revista.php?n=230](http://www.nuso.org/revista.php?n=230)

Nueva Sociedad: Colombia: ¿menos americana y más latina?, Número 231, Enero/Febrero 2011

 [herunterladen http://www.nuso.org/revista.php?n=231](http://www.nuso.org/revista.php?n=231)

Nueva Sociedad: Las realidades del trabajo en América Latina, Número 232, Marzo/Abril 2011

 [herunterladen http://www.nuso.org/revista.php?n=232](http://www.nuso.org/revista.php?n=232)

El cambio climático y el *Nuevo Pacto Ecológico Mundial* desde la perspectiva de los sindicatos latinoamericanos, Policy Paper N°8. Por Laura Maffei y Maité Llanos, Quito, Septiembre 2010

 [herunterladen http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07447.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/quito/07447.pdf)



■ Publikationen in Deutsch

FES-Perspektive: Paraguay – eine durchwachsene Halbzeitbilanz der Regierung Lugo (FES Argentinien, Mai 2011)

 herunterladen <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=08161&ty=pdf>

FES-Perspektive: Wahlen in Peru. Zurück in die Vergangenheit oder der „Sprung ins Leere“ (FES Peru, Mai 2011)

 herunterladen <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08117.pdf>

FES-Perspektive: Und Dilma kann es auch... Zwischenbilanz nach 100 Tagen im höchsten Staatsamt Brasiliens (FES Brasilien, Mai 2011)

 herunterladen <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08078.pdf>

FES-Perspektive: Meines Feindes Feind und die arabische Revolution - Von der schwierigen Partnersuche der lateinamerikanischen Linken in einer multipolaren Welt (FES Ecuador, April 2011)

 herunterladen <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08013.pdf>

[↑ Zurück Index](#)

■ Personalia

■ Personelle Veränderungen

Es gibt folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik:

Einsatzland /-ort Zuständigkeit	Name	seit / ab
Berlin (Referentin Reg. Gewerkschaftskoordination und Zentralamerika)	Kristina Birke	1. Juli
Berlin (Referent für Mexiko, Karibik und Reg. Sicherheitskooperation)	Joachim Knoop	1. Juli
Projektassistent für Mexiko	Benjamin Reichenbach	1. Juli

[↑ Zurück Index](#)

Im gesamten Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit bei sämtlichen Personen- und Berufsbezeichnungen ausschließlich das Maskulinum verwendet. Diese Form versteht sich explizit als geschlechtsneutral.



V.i.S.d.P.: Dörte Wollrad
© 2011 Referat Lateinamerika und Karibik
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 28
D-10874 Berlin
Telefon (0 30) 2 69 35 - 74 83
Telefax (0 30) 2 69 35 - 92 53

Newsletter abonnieren
Abbestellen
Kontakt

Redaktion: Simone Mayer
Gestaltung und Produktion: Michael Adrian